

# **Interfraktioneller Vertrag**

## **für die Stadtratsperiode 2014 - 2020**

### **I. Präambel**

**Das Ergebnis der Kommunalwahl 2014 in Augsburg ergibt den Auftrag der Wählerinnen und Wähler für eine gemeinsame Politik der beiden größten Parteien. Die Bürgerinnen und Bürger Augsburgs haben mit ihrem Votum den Wunsch zum Ausdruck gebracht, für eine stabile Mehrheit zu sorgen, möglichst viele Gruppierungen des Stadtrats in die Entscheidungen einzubinden sowie für eine Politik der größtmöglichen Bürgernähe zu sorgen.**

**Die CSU-Stadtratsfraktion und die SPD-Stadtratsfraktion treffen für die Amtsperiode vom 02.05.2014 bis zum 30.04.2020 nachfolgende Vereinbarung. Diese soll auch bei personeller Veränderung innerhalb der Fraktionen gelten.**

### **II. Sachprogramm**

**Die Vertragspartner vereinbaren unter anderem Zielaufgaben anzugehen, in den nachfolgenden Politikbereichen Anträge einzubringen und nach vorheriger interner Abstimmung im Koalitionsausschuss im Stadtrat mehrheitlich zu beschließen bzw. Wahlen durchzuführen.**

**Gegenstand des Sachprogramms sind die nachfolgend konkret ausgeführten Punkte sowie die in gesonderter Kooperationsvereinbarung vom heutigen Tage zwischen der CSU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN festgelegten Inhalte.**

**1. Wertach/Lech:**

Wertach Vital soll fortgeführt und abgeschlossen werden, Licca Liber: Fortführung des Prozesses und Einstieg in Umsetzung. Trinkwasserschutz hat absoluten Vorrang. Kein zusätzliches großes Wasserkraftwerk am Lech.

**2. Stadtentwicklung:**

Das Organisationsamt wird mit der Erstellung einer Organisationsstruktur für die Umsetzung des Stadtentwicklungskonzeptes beauftragt. Über die Vorlage des Organisationsamtes, die sich insbesondere mit der Verortung des Stadtentwicklungsprozesses, den materiellen, organisatorischen und personellen Ressourcen zu befassen hat, wird anschließend mit dem Ziel befunden, den Prozess zur Erstellung eines Stadtentwicklungskonzeptes voranzubringen.

**3. Parken:**

Im Innenstadtbereich wird die Parkverbotszeit von 8.00 auf 9.30 Uhr verkürzt. Die Parkzeit im Bereich der „Semmelkiste“ wird auf 30 Minuten erweitert.

Erstellung einer Angebotsplanung für ein nicht in städtischer Hand zu errichtendes und zu betreibendes Parkhaus im Bereich Innenstadt/Ost z. B. im Bereich Magesberg/Schmiedberg.

**4. Straßenbahnlinien 1 a und 3 (Königsbrunn):**

Die Realisierung dieser Strecken ist erstrebenswert, unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit. Gegenüber der Stadt Königsbrunn und/oder dem Landkreis Augsburg wird auf eine angemessene Betriebskostenbeteiligung hingewirkt.

## **5. Städtische Bäder:**

Es besteht das Ziel, die städtischen Bäder in die Sanierungsverantwortung, den Unterhalt und den Betrieb bei den Stadtwerken Augsburg zu überführen. Dies bildet weder Anlass, noch Grundlage für Preiserhöhungen. Etwaige Preiserhöhungen aus anderen Gründen bedürfen der Abstimmung mit der Stadt (Befassung städtischer Gremien). Der Bäder-Masterplan ist fortzuführen. Die Schließung von Bädern ist nicht beabsichtigt.

## **6. Wohnbaulandausweisung:**

Die Ausweisung weiterer Wohnbauflächen ist erstrebenswert.

Für die Ortslage Bergheim soll das ergebnisoffene Verfahren für die Baulandentwicklung weitergeführt werden. Im Bereich Radegundis sollen bislang baulich (u. a. gewerblich) genutzte Grundstücke zu Wohnnutzungsflächen entwickelt werden.

Bestehende Quartiere sollen auf Nachverdichtungsmöglichkeiten überprüft werden, insbesondere bei typischen Siedlerstrukturen.

## **7. Amt für Kinder, Jugend und Familie (AKJF):**

Die örtliche Zersplitterung des AKJF ist für die Mitarbeiter wie für die Bürger von Nachteil. Ziel ist es daher, die gesamtstädtisch ausgerichteten Einheiten sowie den Sozialdienst Mitte (derzeit auch Prinzregentenstraße) in einer innerstädtischen Einheit zusammen zu führen zu einem „Haus der Familie“, ggf. auch zusammen mit freien Trägern.

## **8. Kresslesmühle:**

Die künftige Nutzung der Kresslesmühle ist mit einer Zielsetzung Interkultur, Integration, Haus der Beiräte denkbar. Eine Entwicklung in diese Richtung setzt voraus, dass Kabarett andernorts möglich ist; auch eine Aufrechterhaltung des Kabarett bei Umsetzung obengenannter Zielrichtung ist nicht ausgeschlossen.

## **9. Arbeit des Medien- und Kommunikationsamtes:**

Über die Arbeit des Medien- und Kommunikationsamtes wird regelmäßig in den Referentenrunden berichtet, darüber hinaus werden die Fraktionsvorsitzenden für beabsichtigte wesentliche Entscheidungen unterrichtet.

## **10. Innenstadt:**

Das Konzept zur Innenstadtbegrünung soll konsequent umgesetzt werden. Die tatsächlichen Voraussetzungen für die Beschaffung und Einlagerung von Pflanzen sind zu schaffen.

## **11. Augustaarkaden:**

Die Modernisierung der Augustaarkaden wird begrüßt und positiv begleitet. Der Errichtung von Parkplätzen innerhalb des Grundstücks wird zugestimmt, allerdings nicht in Form einer öffentlichen Parkgarage sondern als Mieter-, Nutzer- und Quartiersgarage. Die Belange des Naturmuseums sind zu sichern.

## **12. Ladehöfe:**

Die Weiterentwicklung der Ladehöfe wird gewünscht. Hierbei ist für die Inneren und Mittleren Ladehöfe sowohl die teilweise Nutzung als Busbahnhof denkbar als auch eine Büro- und Wohnnutzung. Die Ladehofstraße wird als notwendige, durchgängige innerstädtische Erschließung gesehen und begrüßt.

### **13. Personalentwicklungskonzept:**

Es wird ein Personalentwicklungskonzept erstellt, insbesondere im Hinblick auf die demografische Entwicklung, auf Qualifikation sowie Aus- und Fortbildung und unter besonderer Berücksichtigung des Ausbildungsbedarfs für nichttechnische Berufe.

### **14. Decathlon:**

Es wird versucht, für Decathlon eine Innenstadtlage aufzuzeigen und entsprechend zu verhandeln. Falls dies scheitert, wird das Verfahren für den bislang mehrheitlich in Aussicht genommen Standort in Lechhausen fortgeführt und das Projekt nach positivem Verfahrensabschluss umgesetzt. Für diesen Standort besteht kein Koalitions- und/oder Fraktionszwang. Die wechselseitigen Positionen werden respektiert.

### **15. Veranstaltungsmanagement:**

Für städtische bzw. stadtnahe Veranstaltungen (z.B. Plärrerumzug, gegebenenfalls Fasching, Public Viewing etc.) ist eine geeignete Organisationsform zu schaffen. Vorstellbar ist entweder die Gründung einer eigenständigen Gesellschaft oder die Zuordnung beim Amt für Marktwesen und Verbraucherschutz. Ziel ist eine schlüssige Verortung der Veranstalterereignisse, die klare Zuordnung von haftungs- und versicherungsrechtlichen Fragen, sowie die Absicherung der Finanzierung bzw. von Zuschüssen.

### **16. Post SV/Wasenmeisterweg:**

Grundsätzlich wird der Entwicklung einer Sportfläche für den Post SV am Wasenmeisterweg zugestimmt. Voraussetzung ist, dass das noch abzustimmende inhaltliche Konzept in Bezug auf sonstige Vereine „rücksichtsvoll“ ist, in diesem Zusammenhang auch eine Bedarfsplausibilisierung erfolgt und die planungsrechtlichen Herausforderungen (z.B. naturschutzfachliche Vereinbarkeit) zufriedenstellend gelöst werden.

**17. Bayerisches Asphaltmischwerk:**

Mit Rücksicht auf vergleichbare Nachbareinwendungen wird von der Entwicklung eines möglichen Alternativstandortes in der Nachbarschaft zur Müllverbrennungsanlage Abstand genommen.

**18. Asylbewerberunterkünfte:**

Die Bereitstellung von Unterkünften soll weiterhin staatliche Aufgabe bleiben. Übereinstimmend wird die Auffassung vertreten, dass die Unterkunft „Calmbergstraße“ wegen unzulänglicher Zustände geschlossen werden soll.

Weitere Standorte für Asylbewerberunterkünfte kleinerer Größenordnung werden aktiv sondiert. Eigene Projektentwicklungen (z.B. über WBG/AGS) sind nicht ausgeschlossen und unterliegen dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit.

**19. Umweltbildungszentrum:**

Die Realisierung eines Umweltbildungszentrums ist erstrebenswert und soll unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit verfolgt werden.

**20. Fünffingerle Sturm:**

Ein weiterer Vollzug der Baumaßnahme wird nicht angestrebt, weitere Voraussetzungen hierfür werden nicht geschaffen. Der etwaige Rückbau der Treppe hängt von der Erzielung eines Einvernehmens mit der Alt-Augsburg-Gesellschaft ab. Dieses wird unter der Voraussetzung wirtschaftlich vertretbarer Gestaltungen angestrebt.

## **21. Maxfest/Innenstadtfest:**

Ein „Maxfest“ soll es auch künftig grundsätzlich (Abhängigkeit von Baustellenbereichen und Straßenbahnlinien) wieder geben, allerdings in geänderter Form (insbesondere wegen sicherheitsrelevanter Aspekte), z.B. als Innenstadt- oder „Inselfest“ in weitläufigerer räumlicher Erstreckung

## **22. Parkhaus Kongress am Park:**

Die Projektentwicklung für ein eigenes Parkhaus am Kongress am Park (TG-Projekt östlich der Kongresshalle) wird weiterbetrieben. Parallel dazu wird weiterhin sondiert, ob und inwieweit und gegebenenfalls bis zu welchem Zeitpunkt die Sanierung und Verfügbarkeit des bestehenden Parkhauses zusammen mit den (derzeit zerstrittenen) Eigentümern bewerkstelligt werden kann. Sollte eine Wiederverfügbarmachung des Parkhauses im Zeitpunkt der Entscheidungsreife der Projektentwicklung für das TG-Bauvorhaben nicht vorliegen, soll letzteres tatsächlich realisiert werden.

## **23. Innovationspark Zielsetzung:**

Umsetzung gemäß bestehender Beschlusslage.

## **24. Entwicklung Gewerbegrundstücke:**

Zielsetzung: Ausweisung weiterer Gewerbegebiete.

## **25. Kanugelände:**

Instandhaltung/Weiterentwicklung zur weiteren Gewährleistung des nationalen und internationalen Status erstrebenswert, vorbehaltlich der Finanzierbarkeit.

**26. Sanierung von Verwaltungsgebäuden:**

Ziel: Kontinuierliche Weiterführung von Sanierungsmaßnahmen, insbesondere mit der Zielsetzung von Energieeinsparungen.

Die Durchführung notwendiger Sanierungsmaßnahmen am Rathaus (Fassaden/Fenster) und Schaffung zeitgemäßer Voraussetzungen für den Sitzungsdienst von Gremien haben ausdrücklich Vorrang und sind ehestmöglich umzusetzen.

**27. Grottenau/Leopold-Mozart-Zentrum:**

Umsetzung LMZ in der Grottenau gemäß Beschlusslage.

**28. Präventive soziale und bildungspolitische Maßnahmen:**

Ziel: Gewährleistung von Mittelbereitstellung im angemessenen Umfang und Umwandlung von freiwilligen Zuschüssen in (befristete) Vertragskonstellationen, soweit sachlich begründet.

**29. Vergabewesen:**

Ziel: Gewährleistung von Tariftreue und (soweit wirtschaftlich vertretbar und rechtlich möglich) regionale Vergabe.

**30. Kleingärten:**

Ziel: 100 zusätzliche Kleingärten im Stadtverband.



### **31. Aufenthaltsqualität/Sitzbänke:**

Ziel: Die Aufenthaltsqualität für die Menschen soll insbesondere auch in den Stadtteilen weiter verbessert werden. Unter anderem sollen hierzu im gesamten Stadtgebiet weitere Sitzbänke aufgestellt werden. Hierbei sind konfliktvermeidende nachbarliche Rücksichtnahme, Investitions- und Unterhaltsaufwand zu berücksichtigen und vorab zu klären. Die Verwaltung soll hierzu ein gesamtstädtisches Konzept erstellen.

### **32. Armutsprävention und Bekämpfung:**

Es besteht das Ziel im angemessenen Umfang Mittel für Prävention und Bekämpfung von Armut bereit zu stellen und freiwillige Zuschüsse in (befristete) vertragliche Gestaltungen zu überführen.

### **33. Mehrgenerationentreffs:**

Mehrgenerationentreffs sollen erhalten und in ihrer Bedeutung verstetigt werden. Hierzu sollen die bestehenden Einrichtungen evaluiert werden, damit daran anknüpfend eine (gegebenenfalls differenzierte) Modifizierung bzw. Weiterentwicklung erfolgen kann. Auf eine weitere Förderung durch Bund/Land wird hingewirkt.

### **34. Brechthaus:**

Ziel: Das Brechthaus soll inhaltlich fortentwickelt werden. Eine weitere Verpflichtung des Brechtfestival-Leiters um drei Jahre wird angestrebt.

### **35. Ausländeramt:**

Die weitere Entwicklung zu einer Willkommensbehörde wird begrüßt.

### **36. Ehrenamtliches Engagement:**

Ziel: Einführung eines Zeitkontos als Grundlage für Anerkennung und „Gegenleistung“, zunächst für den niederschweligen Bereich mit vorwiegend sozialem Charakter.

**37. Bürgerbüros:**

In Hochzoll und Göggingen sollen weitere Bürgerbüros an jeweils geeigneten Standorten eingerichtet werden. Organisatorisch und personell soll dies vergleichbar dem Bürgerbüro in Kriegshaber gestaltet werden.

**38. Entlastungsstraßen:**

Die erforderlichen Planungs- und Sicherungsmaßnahmen sowie gegebenenfalls erforderliche bauliche Maßnahmen für die Realisierung der Verkehrsentslastungsstraßen „MAN-Spange“ und „Hauptbahnhof-West“ werden betrieben.

**39. Gewerbesteuer:**

Der Gewerbesteuerhebesatz soll vorbehaltlich unabdingbarer Notwendigkeit im Falle unvorhersehbar nicht anderweitig ausgleichbarer Haushaltsslage unverändert bleiben.

**40. Bezirksausschüsse:**

Bürgerbeteiligung erfolgt z.B. im Rahmen von förmlichen Beteiligungsverfahren, Work-Shops oder Bürgerinformationsveranstaltungen. Bezirksausschüsse werden nicht eingerichtet.

Augsburg, den 17. April 2014

.....  
Johannes Hintersberger  
(MdL, CSU Bezirksvor-  
sitzender)

.....  
Bernd Kränzle  
(MdL, CSU-Fraktions-  
vorsitzender)

.....  
Dr. Kurt Gribl  
(CSU,  
Oberbürgermeister)

.....  
Ulrike Bahr  
(MdB, SPD Unter-  
bezirksvorsitzende)

.....  
Dr. Stefan Kiefer  
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

.....  
Willi Leichtle  
(Stadtrat, SPD)

.....  
Karl-Heinz Schneider  
(Stadtrat, SPD)